



Green Obama goes Africa: Machen wir's wie Eisenhower



Dass eine politische Konzeption hinter einer gezielten Auswahl einer Partnerstadt steckt, findet der Tübinger grüne Oberbürgermeister in seiner erfrischenden Offenheit gut. Er erklärte es mit dem Beispiel der Partnerschaft Tübingens mit Ann Arbor. Das sei auch gezielt von den USA ausgegangen. Präsident Eisenhower habe die amerikanischen Städte aufgefordert, deutsche Städte für eine Partnerschaft auszusuchen (im Rahmen der „Reeducation“ der Deutschen zu guten Demokraten). So sei die Universitätsstadt Ann Arbor auf Tübingen gekommen und so suche jetzt eben Tübingen (nach der Aufforderung unseres Präsidenten) nach einem Partner in Afrika. Der damalige Oberbürgermeister Hans Gmelin konnte das Angebot des reichen Paten in Michigan damals nicht abschlagen. Richtig eingeschlagen hat die Reeducation im Hause Gmelin jedoch nicht, wie der Hitler-Bush-Vergleich der SPD-Bundestagsabgeordneten Herta Däubler-Gmelin, der sie um den Ministerposten brachte, zeigte.

Antiamerikanismus im Gemeinderat

Stadträtin Heitkamp (UFW-WUT) zeichnete im Gemeinderat ein böses Zerrbild der USA in ihrem Bericht über die Reise nach Ann Arbor. Die Rassentrennung sei noch schlimmer als früher. Vielleicht ist ihr Obama auch zu weiß wie Stellenbosch? Verfallene Häuser in Detroit zeichneten ein düsteres Bild der bösen USA. Was würden wir dazu sagen, wenn Stadträte aus Ann Arbor mit Bildern einer unschönen deutschen Großstadt von einem Tübingen-Besuch berichteten? Interessanter ist da schon ein Bild der grell leuchtenden LED-Straßenlaternen, die der luxurgrüne Loha-Bürgermeister in Ann Arbor für 1000 Dollar pro Stück als Ersatz für die angenehmeren alten Lampen anschrauben lässt:



Der „grüne Obama“ Boris Palmer: Nachhaltiger in Afrika als Papa Rommel.

Die Universitätsstadt Stellenbosch in Südafrika ist nicht schwarz genug für Tübingen. Die Stadt wäre nach ihrer Größe und Studentenzahl, wegen der guten Beziehungen zur Tübinger Universität und ihrer vergleichbaren Lage inmitten von Weinbergen zwar die ideale Partnerstadt. Über Besuche und Tourismus müsste man sich keine Gedanken machen. Aber genau dies wurde der Stadt zum Verhängnis. Sie verkörpert nicht das Afrika in den Köpfen vieler Stadträte. Sie wollen ein anderes, ein „politisches Signal“.

Die Ablehnung Stellenboschs als ehemaliger Kaderschmiede der Apartheid kann es nicht sein. War doch die Tübinger Universität ebenfalls eine Kaderschmiede der Nazis und ist es heute nicht mehr ebenso wie Stellenbosch, wo ANC und südafrikanische Kommunisten ihre Kongresse abhalten und ein Theologisches Zentrum nach einem bekannten Freiheitskämpfer benannt ist.

Das Verhältnis von Gleich zu Gleich ist das Problem. Die Mehrheit im Partnerstadt-Findungsausschuss beschloss am 10. Juni 2008 gegen die Stimmen der Linken und der SPD Stellenbosch gar nicht erst in die engere Wahl zu nehmen, weil sie keine „normale“ Partnerstadt wollen, sie wollen es schwärzer und ärmer, sie wollen helfen. Aber Geld darf es nicht kosten. Und da sehen wir das politische Problem. So hat der Gemeinderat nicht die Wahl zwischen verschiedenen politischen Konzeptionen, sondern kann sich nur, festgelegt auf eine einzige Afrika-Ideologie, im Sinne des Nicknegers vom Wegental für einen der Hauptorte der Deutschen Kolonialzeit in Tansania (Moshi) und Kamerun (Buea), oder den Urlaubsort einer CDU-Stadträtin im kriegerischen Äthiopien (Mekele) entscheiden.

Politische Konzeption hinter Mekele ?

Beim G-8-Gipfel in Heiligendamm hat Bundeskanzlerin Merkel den anderen Weltenlenkern angekündigt oder angedroht, dass Deutschland sich stärker um Afrika kümmern wolle. Bundespräsident Köhler hat zu Partnerschaften aufgerufen. Äthiopien hilft der Weltgemeinschaft im Kampf gegen den Terrorismus durch die Eroberung des Nachbarlands Somalia. Die Islamisten erklärten Äthiopien den „Heiligen Krieg“. Die Stadt Mekele liegt im Grenzgebiet zur abgefallenen Provinz Eritrea, wo ebenfalls noch gekämpft wird. Spiegel Online berichtete über die Entführung von

Touristengruppen bei Mekele: „Das Gebiet gilt als gefährlich, da dort mehrere Verbrecherbanden sowie eine Rebellengruppe aktiv sind.“ Was kann dort das politische Ziel sein? Partnerstadt im Krisengebiet unter Bedingungen einer mobilen Einsatzgruppe?

Politisches Zeichen Moshi / Tansania

In einer IMI-Studie über Afrika „Das neue Objekt der Begierde“ wird beschrieben, dass China als „Rivale um Afrikas Rohstoffe“ wahrgenommen wird. Sowohl China wie Deutschland sehen Tansania und Kamerun als Schwerpunktländer. Seit Januar 2007 sind die schnellen Eingreiftruppen Europas primär auf Kampfeinsätze in Afrika ausgerichtet. Der Kilimandscharo galt im Kaiserreich als „höchster Berg Deutschlands“. Am Fuße des Berges liegt Moshi, die deutsche Ostafrika-Gesellschaft hatte in Old Moshi ihren Sitz. Etwa 98 Prozent der Frauen im ostafrikanischen Tansania werden noch immer beschnitten. In Moshi gibt es Hilfsprojekte gegen diese Barbarei, die auch von Tübingen aus unterstützt werden könnten. Doch darum wird es wohl nicht gehen bei der Partnerschaft, schon um sich nicht den Ärger der Muslimbruderschaft einzuhandeln, was soeben Ägypten widerfahren ist, als es endlich die Frauenbeschneidung unter Strafe stellte.

Bismarckbrunnen in Buea (Kamerun)

Ganz auf altdeutschen Spuren bewegt man sich in Buea, dem ehemaligen Sitz des deutschen Gouverneurs (Puttkammer-Schlösschen). Kolonialismus ohne Missionare war undenkbar. Die Missions-Beziehungen Tübinger Kirchen haben die schweren Zeiten überdauert. Die heutige Zivilreligion macht lieber auf Öko, in Buea ist der Sitz der „Mount Cameroon Ecotourism Organisation“. Strategisch interessanter ist sicher, dass durch die Gegend die Öl-Pipeline der riesigen Ölvorkommen im umkämpften Tschad läuft und man China ins Geschäft pfuschen kann (siehe Kongress der grünen Böll-Stiftung am 25.4.2007 in Berlin mit dem Titel: Chinas Engagement in Afrika - Chance oder Risiko). Da stört es nicht, dass Präsident Biya im Februar über 100 Menschen bei Protesten gegen zu hohe Benzinkosten erschießen und von Brücken stürzen ließ, jugendliche Demonstranten wurden in Schnellverfahren zu 15 Jahren Haft verurteilt.



„Gläsernes Rathaus“
verantwortlich wie schon 1975
Anton Brenner